

Beitrag zum Thema „Wohnungslosigkeit von Frauen“

am 7. September 2022 in Evas Haltestelle (Evas Afterwork) Wohnungslosigkeit von Frauen und Gewalt gegen Frauen sind zwei Themen, die in Politik und öffentlichem Diskurs in der Vergangenheit kaum eine Rolle gespielt haben. So wird das Thema „Gewalt gegen Frauen“ in dem von der UNO 1979 beschlossenen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) überhaupt nicht erwähnt. Erst 1992 wurde in den Allgemeinen Empfehlungen Nr. 19 des CEDAW-Ausschusses geschlechtsspezifische Gewalt als eine Form der Diskriminierung bezeichnet, die die Möglichkeit der Frau, dieselben Rechte und Freiheiten gleichberechtigt mit dem Mann zu genießen, wesentlich beeinträchtigt.

Ähnlich sieht es mit dem Thema „Wohnungslosigkeit von Frauen“ aus. Erst zu Beginn der 1990er Jahre wurde ein besonderer Fokus der Forschung auf Wohnungslosigkeit von Frauen gelegt, was zu einer Reihe qualitativer Studien mit Empfehlungen für Handlungsansätze führte.

Auch auf die Wechselwirkung beider Phänomene wurde in praktischen Umsetzungsmaßnahmen zur Bekämpfung kaum eingegangen. Das ist jedoch unumgänglich, denn Gewalt gegen Frauen ist nicht nur eine der Ursachen von Wohnungslosigkeit, sondern sie ist auch deren Folge.

Wohnungslosigkeit ist mehr als das Fehlen einer Wohnung: sie ist eine der schwersten Formen von Armut, die durch das Zusammenspiel struktureller, institutioneller und persönlicher Faktoren verursacht wird. Wohnungslose haben ein nur geringes bzw. gar kein emotionales und körperliches Wohlbefinden mehr. Ihnen fehlen soziale Bindungen und soziale Kontakte. Privatatmosphäre und damit einhergehende Sicherheit sind nicht mehr vorhanden. Und sie können nur noch eine verminderte Kontrolle über das eigene Leben und mögliche Zukunftsaussichten ausüben. Bei wohnungslosen Frauen kommen noch eine starke Stigmatisierung, extremer Stress und die Zerstörung der Wahrnehmung ihrer Rolle als Mutter hinzu.

Wohnungslosigkeit ist ein wachsendes soziales und gesundheitliches Problem, das sich immer stärker ausbreitet. Nach geschätzten Angaben der europäischen Kommission stieg Wohnungslosigkeit in Europa seit 2010 um mehr als 70%.

In Deutschland gibt es keine bundeseinheitliche Wohnungsnotfall-Berichterstattung und keine zuverlässigen Daten, deswegen legt die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) regelmäßig eine Schätzung zur Zahl der Wohnungslosen vor. Entsprechend der Angaben der BAG (W) vom Dezember 2021 waren im Laufe des Jahres 2020 in Deutschland 256.000 Menschen wohnungslos (ohne Flüchtlinge).

Die Zahlen, die die BAG (W) zur Struktur der Wohnungslosigkeit 2020 veröffentlicht hat, berücksichtigen nicht die wohnungslosen anerkannten Geflüchteten, da für diese Gruppe der Wohnungslosen keine entsprechenden soziodemografischen Daten verfügbar sind.

Hier sind einige der aussagekräftigen Zahlen:

- ca. 45.000 Menschen leben im Laufe eines Jahres ohne jede Unterkunft auf der Straße;
- ca. 178.500 (70 Prozent) der wohnungslosen Menschen sind alleinstehend; ca. 77.000 (30 Prozent) leben mit Partnern und/oder Kindern zusammen;
- die Zahl der Kinder und minderjährigen Jugendlichen wird auf 8 Prozent (20.000) geschätzt;
- der Frauenanteil unter den volljährigen Wohnungslosen liegt nach der aktuellen Schätzung bei 33 Prozent (78.000 Frauen);
- ca. 30 Prozent der Wohnungslosen (knapp 80.000 Menschen) haben keine deutsche Staatsbürgerschaft. Das sind knapp 80.000 Menschen. Viele von ihnen leben ohne jede Unterkunft auf der Straße. Vor allem in den Metropolen beträgt diese Zahl bis zu ca. 50 Prozent.

Hauptgründe für die steigenden Zahlen im Wohnungslosensektor sind für die BAG (W) das nach wie vor unzureichende Angebot an bezahlbarem Wohnraum, die weitere Schrumpfung des Sozialwohnungsbestandes und eine Verfestigung von Armut. Es fehlt bezahlbarer Wohnraum für Menschen im Niedrigeinkommensbereich und für die Menschen, die Transferleistungen beziehen. Der besonders großen Nachfragegruppe der Einpersonenhaushalte (16,5 Millionen) stand im Jahr 2020 nur ein Angebot von 5,5 Millionen Ein- bis Zweizimmerwohnungen gegenüber.

Eine Möglichkeit, Wohnungslosigkeit vorzubeugen bzw. zu beseitigen, bietet das Konzept „Housing First“, das auch in Europa seit einigen Jahren erfolgreich umgesetzt wird. Das häufig noch angewendete Stufensystem, demzufolge Wohnungslose mit komplexen Problemlagen durch die Unterbringung in Sonderwohnformen zunächst ihre „Wohnfähigkeit“ erwerben müssen, hat nicht dazu geführt, Wohnungslosigkeit abzubauen.

Das Konzept „Housing First“ geht zurück auf die Sozialarbeiterin und Expertin für Obdachlosigkeit von Familien in Amerika, Tanya Tull. Sie ist Mitbegründerin von L.A. Family Housing, einer Organisation, die erschwingliche Wohnungen und Familienunterkünfte mit hohem Dienstleistungsanteil entwickelte. Auf der Grundlage dieser früheren Arbeit gründete sie 1988 zwei gemeinnützige Organisationen – „A

Community of Friends“ und „Beyond Shelter“. „A Community of Friends“ war die erste gemeinnützige Organisation in den USA, die speziell für die Entwicklung von dauerhaftem, unterstützendem Wohnraum für obdachlose Erwachsene mit psychiatrischen Behinderungen gegründet wurde.

Mit „Beyond Shelter“ gelang ihr eine Innovation in diesem Bereich: "Housing First" für Familien, der Vorläufer der heutigen Rapid Re-Housing-Programme. Im Rahmen von „Beyond Shelter“ führte sie in den folgenden zwei Jahrzehnten Schulungen und Workshops zum Thema "Housing First" durch und trug auf diese Weise dazu bei, den Systemwandel auf nationaler Ebene der USA zu fördern.

Das Housing-First-Konzept wird seitdem in den USA erfolgreich praktiziert. So gründete der Psychologe Dr. Sam Tsemberis 1992 die gemeinnützige Organisation „Pathways to Housing“, die es sich zur Aufgabe macht, das Leben von Menschen mit schweren psychiatrischen Beeinträchtigungen und Drogenkonsumstörungen durch die Beendigung der Obdachlosigkeit und die Unterstützung der Genesung zu verändern.

Die acht Grundprinzipien von „Pathways to Housing“ sind:

- a) Wohnung als Grundrecht
- b) Respekt, Wärme und Mitgefühl für alle Klientinnen und Klienten
- c) Hilfestellung so lange, wie Hilfe benötigt wird
- d) Dezentraler individueller Wohnraum
- e) Trennung von Wohnung und persönlicher Hilfe
- f) Wahlmöglichkeiten und Selbstbestimmung
- g) Orientierung auf den Heilungsprozess
- h) Schadensminimierung; akzeptierender Ansatz

Housing First bedeutet weder „Housing only“ noch ist es voraussetzungslos: von den ehemals Wohnungslosen wird erwartet, dass sie Hausbesuchen zustimmen, dass sie 30% ihres Einkommens für die Mietkosten aufwenden und dass sie einen Mietvertrag mit weitestgehend normalen Bedingungen erhalten.

Auf dieser Grundlage wurde „Housing First Europe“ als europäisches Pilotprojekt zur Behebung von Wohnungslosigkeit bei Personen in komplexen Problemlagen entwickelt und von der Europäischen Kommission im Rahmen des PROGRESS-Programms von August 2011 bis Juli 2013 gefördert. Der Housing-First-Ansatz wurde in fünf europäischen Städten (Amsterdam, Budapest, Glasgow, Kopenhagen und Lissabon) erprobt. Darüber hinaus fand ein Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen diesen Projekten und Akteuren in weiteren europäischen Kommunen (Dublin, Gent, Göteborg, Helsinki und Wien) statt, in denen ebenfalls Elemente des Housing-First-Ansatzes umgesetzt wurden.

Das Pilotprojekt wurde erfolgreich durchgeführt. Herausragende Ergebnisse in der Einschätzung waren die hohen Quoten des Wohnungserhalts, sie lagen zwischen 97,2% (Kopenhagen) und 79,4% (Lissabon), und die Erhöhung der Lebensqualität der ehemals Wohnungslosen durch die Beendigung des Missbrauchs von Alkohol und Drogen. Das Pilotprojekt lieferte wichtige Erkenntnisse für die weitere Anwendung des Housing-First-Ansatzes. Im Ergebnis wurden weitere Projekte in Frankreich, Belgien, Norwegen, Österreich, Schweden und Finnland durchgeführt.

Finnland ist mit seinem nationalen Housing-First-Aktionsplan ein besonders positives Beispiel – dort gibt es fast keine Obdachlosen mehr. Bereits seit 2007 setzt die finnische Regierung auf dieses Konzept. Und arbeitet erfolgreich mit Lokalbehörden und Hilfsorganisationen zusammen, um Obdach- und Wohnungslosigkeit zu beenden. Ende der 1980er Jahre gab es in Finnland noch 20.000 wohnungslose Menschen, jetzt sind es nur noch 4.000. Und nur noch 655 Menschen leben auf der Straße. Und Housing First bringt auch Einsparungen mit sich – pro Jahr und pro Person sind dies 15.000 Euro.

Die meisten Housing-First-Projekte in Europa sind für männliche Wohnungslose angelegt. Für gemischte Projekte, wie beispielsweise im Neunerhaus in Wien, hat der Wiener Frauenarbeitskreis der BAWO (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe) „Frauengerechte Qualitätsstandards für Housing First“ erarbeitet.

Lange Zeit war das vom Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) durchgeführte Projekt „Housing First für Frauen Berlin“ das einzige Frauenprojekt in Europa. In der dreijährigen Pilotprojektphase von „Housing First für Frauen Berlin“, im Verlaufe derer 40 Frauen mit individuellem Wohnraum versorgt werden konnten, wurde eine 100%-ige Wohnungserhaltsquote erreicht, was für den Erfolg und den unschätzbaren Nutzen des Housing-First-Ansatzes steht.

Nach Angaben von FEANTSA, der europäischen Dachorganisation der Wohnungslosenhilfe werden derzeit weitere Housing-First-Projekte für Frauen durchgeführt: in Madrid, in Leeds und Westminster, in Prag und in Helsinki.

Es bleibt zu hoffen, dass der Housing-First-Ansatz zur Bekämpfung und Beendigung der Wohnungslosigkeit auch in Deutschland verstärkt zum Einsatz kommt.

Brigitte Triems

Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes e.V.